



# HESSISCHER LANDTAG

25. 02. 2022

## Kleine Anfrage

Jan Schalauske (DIE LINKE) vom 13.01.2022

### Weitere Einheiten der US Army in Wiesbaden und Gefahr eines neuerlichen Kalten Krieges

und

### Antwort

Chef der Staatskanzlei

#### Vorbemerkung Fragesteller:

Laut Medienberichten sind in den letzten Monaten in Wiesbaden neue Einheiten der US Army installiert worden, die auch mit dem Einsatz neuer und gefährlicher Mittelstreckenraketen, den sog. Hyperschall-Waffensystemen, verbunden sein könnten. In der Region wächst die Sorge, dass Wiesbaden zu einem Hotspot in einem neuen kalten oder sogar heißen Krieg zwischen den USA und Russland werden könnte.

#### Vorbemerkung Chef der Staatskanzlei:

Bereits am 13. April 2021 kündigte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin die Aufstockung der U.S. Streitkräfte in Deutschland um rund 500 Soldatinnen und Soldaten an. Auch der Stationierungsort Wiesbaden / Mainz-Kastel wurde hierbei bereits bekannt gegeben. Nach mehrjähriger Planung und Koordination wurde im Rahmen dieser angekündigten Aufstockung der U.S. Streitkräfte in Deutschland im September 2021 die 2<sup>nd</sup> Multi-Domain Task Force und im Oktober 2021 das 56. Artilleriekommando in Mainz-Kastel reaktiviert.

Das 56. Artilleriekommando geht auf das 56<sup>th</sup> Field Artillery Command zurück, das zuletzt von 1986 bis zur Deaktivierung am 30. Juni 1991 mit unterstellten Verbänden u.a. in Neu-Ulm, Schwäbisch-Gmünd und Heilbronn aktiv war. Dabei war es u.a. mit nuklearwaffenfähigen PERSHING 2 -Raketensystemen ausgestattet.

Mit der Konsolidierung des U.S. European Command und des U.S. Africa Command der U.S. Army zum Kommando der U.S. Army Europe and Africa (USAREUR-AF) synchronisiert und unterstützt die 2nd Multi-Domain Task Force Operationen der USAREUR-AF auf operativer Ebene.

Diese und alle zukünftigen Stationierungsentscheidungen wurden und werden mit dem Gastgeberland in gewohnter Art und Weise abgestimmt. Die Bundesregierung steht dabei mit den Vereinigten Staaten zu allen die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik betreffenden Fragen in stetigem vertrauensvollem Austausch.

Die Hessische Landesregierung verurteilt den am 24.02.2022 begonnen russischen Angriff auf die Ukraine – einen Krieg mitten in Europa – in aller Schärfe. Mit dem Einmarsch hat die russische Regierung offenkundig das Völkerrecht gebrochen und den jahrzehntelang anhaltenden Frieden auf dem europäischen Kontinent zerstört. Dieser Krieg ist ein Krieg der russischen Machthaber gegen die Demokratie, gegen die Freiheit in Europa und gegen die Selbstbestimmung der Nationen.

Die Hessische Landesregierung steht solidarisch an der Seite der Ukraine.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Kann die Landesregierung darüber berichten, um wie viele Soldatinnen und Soldaten und Einheiten die im Raum Wiesbaden stationierte US Army in den vergangenen Monaten aufgestockt worden ist, seit der US-Verteidigungsminister Austin im März 2021 solche Pläne verkündet hat, und was die Aufgaben dieses zusätzlichen Personals sind?

Mit der Reaktivierung der 2nd Multi-Domain Task Force und des 56. Artilleriekommandos in Mainz-Kastel verbunden ist die Stationierung von etwa 500 Soldatinnen und Soldaten. Gleich-

zeitig werden etwa 750 Familienangehörige nach Deutschland kommen und 35 Arbeitsplätze für deutsche Ortskräfte geschaffen. Das in diesem Zusammenhang in Wiesbaden stationierte militärische Personal plant, unterstützt und führt Einsätze und Übungen im Verantwortungsbereich von USAREUR-AF.

Angesichts der Situation in Europa und Russlands Aktionen an der ukrainischen Grenze und in Weißrussland hatte Verteidigungsminister Austin bereits am 04.02.2022 eine temporäre Verlegung von zusätzlichen Streitkräften nach Rumänien, Polen und Deutschland angekündigt. Etwa 300 Angehörige des 18<sup>th</sup> Airborne Corps (Luftlandeeinheiten) sind dabei zum Betrieb eines Joint Task Force-fähigen Hauptquartiers nach Wiesbaden verlegt worden.

Frage 2. Hat die Landesregierung Kenntnis von etwaigen Plänen der USA im Rahmen der 2021 erfolgten Reaktivierung des „56. Artilleriekommandos“ bzw. der Installation der „2nd Multi-Domain Task Force“ der US Army, zukünftig in Mainz-Kastel oder Wiesbaden Hyperschall-Mittelstreckenraketen oder andere Waffen der Raketen-Fernartillerie der „2nd Multi-Domain Task Force“ zu stationieren?

Der Hessischen Landesregierung ist keine Entscheidung der Regierung der Vereinigten Staaten zur Stationierung von Hyperschall-Mittelstreckenraketen oder anderen Waffen der Raketen-Fernartillerie im Sinne der Fragestellung bekannt. Insoweit wird auch auf die gleichlautende Antwort des Auswärtigen Amts vom 23. Dezember 2021 auf die schriftliche Frage des Abgeordneten Ali Al-Dailami (Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag) (Bundsetagsdrucksache 20/311) zu möglichen Raketenplänen der U.S. Regierung in Wiesbaden verwiesen.

Das BMVg sowie USAREUR-AF lassen ebenfalls auf Nachfrage der Hessischen Landesregierung verlautbaren, dass eine Stationierung von Waffensystemen jeglicher Art unter dem 56. Artilleriekommando in Mainz-Kastel weder gegenwärtig der Fall noch zukünftig in Planung ist. Gleichzeitig wies USAREUR-AF bereits Ende November 2021 darauf hin, dass das 56. Artilleriekommando "kein Raketenkommando, sondern ein konventionelles Artilleriekommando" ist und als Einheit des Hauptquartiers USAREUR-AF in Wiesbaden vielmehr den übergreifenden militärischen Einsatz von Artillerie-Waffensystemen (zu Luft, Land und See, im Cyberspace sowie im Weltraum) zur Unterstützung von Einsätzen und Übungen im Verantwortungsbereich von USAREUR-AF plant und koordiniert.

Frage 3. Treffen die Pressemeldungen zu, dass es sich bei dem „56. Artilleriekommando“ um die Kommandoeinheit für Hyperschall-Mittelstreckenraketen Dark Eagle und andere Waffen der „2<sup>nd</sup> Multi-Domain Task Force“ handelt, die möglicherweise an anderen Orten in Europa stationiert werden?

Der Hessischen Landesregierung ist nicht bekannt, inwieweit Waffensysteme im Sinne der Fragestellung in Europa stationiert sind oder werden. Aber auch hier gilt, dass künftige Stationierungsentscheidungen stets im Rahmen eines gut etablierten Verfahrens mit den Verantwortlichen des Gastlandes abgestimmt werden.

Frage 4. Befindet sich im Raum Wiesbaden ein tief unterirdischer Militärbunker, der von den US-Streitkräften genutzt wird?

Nein.

Frage 5. Hat sich die Landesregierung wie Wiesbadens Oberbürgermeister Mende an die neue Verteidigungsministerin Lambrecht (beide SPD) mit der Bitte gewandt, sich beim Pentagon nach den US-Plänen zu erkundigen bzw. den Kenntnisstand der Bundesregierung über die Maßnahmen der US-Streitkräfte im Raum Wiesbaden mitzuteilen?

Zur Beantwortung wird auf Frage 2 verwiesen.

Frage 6. Hat sie sich bei der Bundesregierung erkundigt, ob diese für eine etwaige Stationierung Hyperschall-Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden ihre Zustimmung erteilen würde oder den USA schon erteilt hat? Wenn ja: Was ist das Ergebnis dieser Erkundigung?

Die Hessische Landesregierung hat sich hierzu nicht bei der Bundesregierung erkundigt, da eine Stationierung von etwaigen Waffensystemen der U.S. Streitkräfte in Deutschland nicht geplant ist.

Frage 7. Teilt sie die Auffassung des ehemaligen Wehrbeauftragten des Bundestags, Hans-Peter Bartels (SPD), der diese Maßnahmen der US-Streitkräfte im Raum Wiesbaden als „ein Zeichen in Richtung Russland“ und als „Warnsignal“ versteht?

Der russische Angriff auf die Ukraine zeigt unmissverständlich, welchem immensen Gefahrenpotential Frieden und Sicherheit auf dem gesamten europäischen Kontinent derzeit ausgesetzt sind. In dieser Hinsicht ist die Reaktivierung des Artilleriekommandos der U.S. Streitkräfte in Wiesbaden ein Zeichen der USA, dass sie vollumfänglich zu ihrer Sicherheitsverantwortung für das gesamte Allianzgebiet stehen.

Frage 8. Hat sie Verständnis für die Sorge vieler Menschen in der Region, dass der Raum Wiesbaden zu einem gefährlichen Hotspot in einem neuen Kalten oder möglicherweise heißen Krieg zwischen den USA und Russland werden könnte?

Die Hessische Landesregierung nimmt die Sorgen hessischer Bürgerinnen und Bürger sehr ernst. Die Gefahr, dass sich der russische Krieg gegen die Ukraine auf das Bündnisgebiet der NATO ausweitet, sieht die Hessische Landesregierung derzeit jedoch nicht. Insofern ist eine Bedrohungslage für Wiesbaden nicht zu erwarten.

Frage 9. Sieht die Landesregierung eine Möglichkeit, den Raum Wiesbaden als demilitarisierte und unverteidigte Rotkreuz-Schutzzone für die Bevölkerung gemäß Zusatzabkommen I von 1977 zu den Genfer Rotkreuz-Konventionen von 1949 zu deklarieren, im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die öffentliche Sicherheit und Ordnung?

Nach Art. 3 des Zusatzprotokolls zu dem Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte ist die Anwendung maßgeblich von dem Eintritt eines Konfliktes zweier Parteien gem. Artikel 1 dieses Protokolls abhängig. Die Anerkennung von unverteidigten Orten nach Art. 59 und Entmilitarisierte Zonen nach Art. 60 des Zusatzprotokolls obliegen den am Konflikt beteiligten Parteien. Da sich die Hessische Landesregierung sowie die Bundesrepublik Deutschland in keinem Konflikt mit einer anderen Partei befindet, ist die Beantwortung dieser Frage obsolet.

Frage 10. Kann die Landesregierung darüber berichten, wie viele Soldatinnen und Soldaten aus welchen Einheiten an den Wiesbadener Standorten der US Army aktuell insgesamt stationiert sind?

Nach Angaben von USAREUR-AF sind in der United States Army Garrison Wiesbaden derzeit ca. 2.800 Soldatinnen und Soldaten im aktiven Dienst, 1.200 zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Department of the Army, 870 deutsche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 450 externe Auftragnehmer, 2.000 sonstige zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und 5.500 Familienangehörige stationiert.

Wiesbaden, 25. Februar 2022

**Axel Wintermeyer**